



ABS: MDR-VD, 1082 Wien, Rathaus

An das  
Bundesministerium für Arbeit,  
Soziales und Konsumentenschutz

Amt der Wiener Landesregierung

**Magistratsdirektion der Stadt Wien**  
**Geschäftsbereich Recht**  
Rathaus, Stiege 8, 2. Stock, Tür 428  
1082 Wien  
Tel.: +43 1 4000 82343  
Fax: +43 1 4000 99 82310  
[post@md-r.wien.gv.at](mailto:post@md-r.wien.gv.at)  
[www.wien.at](http://www.wien.at)

MDR - 1799/12

Wien, 20. September 2012

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das ArbeitnehmerInnen-  
schutzgesetz und das Arbeits-  
inspektionsgesetz geändert wird;  
Begutachtung;  
Stellungnahme

zu BMASK-461.201/0008-VII/A/3/2012

Zu dem im Schreiben vom 14. August 2012 übermittelten Entwurf des im Betreff genannten Gesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Zu § 94 Abs. 5a:

Gegen diese Regelung bestehen insofern Bedenken, als eine Zuständigkeit für Vorschriften für mehrere Arbeitsstätten normiert würde, die der Mitberücksichtigung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes (ASchG) in Anlagenverfahren im Sinne des § 93 Abs. 1 Z 1 widersprechen würde.

Zudem ist im Hinblick auf Unternehmen mit mehreren Arbeitsstätten zu bedenken, dass Vorschriften gemäß § 94 ASchG auch Auswirkungen auf die Schutzinteressen der Gewerbeordnung (GewO 1994) - im Besonderen auf den Schutz von Nachbarinnen/Nachbarn und Kundinnen/Kunden - haben können und somit nach der GewO 1994 zu beurteilen wären. Eine Verwaltungsvereinfachung wäre in solchen Fällen nicht zu erwarten.

Sollte dennoch an der in Aussicht genommenen Regelung festgehalten werden, wäre zu klären, wie und von welcher Behörde die Feststellung getroffen wird, ob Arbeitsstätten tatsächlich „identisch“ sind und gegebenenfalls, wie die örtlich zuständige Anlagengenehmigungsbehörde Kenntnis von der Vorschreibung erlangt.

Zu § 40 Abs. 7:

Angemerkt wird, dass in § 40 Abs. 7 des Entwurfes die Bezeichnung der Gefahrenklassen 1 bis 23 nicht mit der Systematik in Anhang I Teil 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 korreliert. Zum leichteren Verständnis sollte zumindest erwogen werden, sich an der Systematik dieser Verordnung zu orientieren.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Patricia Sylvia Bukovac, LL.M.

Dr. Thomas Haunold  
Senatsrat

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landesregierungen
3. Verbindungsstelle der Bundesländer
4. MA 63

(zZ MA 63 - 8842/2012)

mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die einbezogenen Dienststellen